

Die Rückkehr der Politik durch den Kampf für Grundbedürfnisse: Der Fall der Bewegung gegen Delogierungen in Spanien

Cristina Asensi

Bereits im Klassischen Altertum war die Abschaffung der Sklaverei eines der unverzichtbaren Banner der demokratischen Bewegung, welche die Oligarchie und die großen Gläubiger auf Trapp hielt.

Gerard Pisarello, Professor für Verfassungsrecht an der Universidad Autónoma de Barcelona

Einleitung

Zwischen 2008 und 2012 sind 362.776 Familien durch Zwangsdelogierungen auf Betreiben von Finanzinstitutionen aus ihren Häusern hinausgeworfen worden (Colau/Alemany 2013). Es geht um Personen, die ihre Hypothekenkredite nicht mehr bedienen können, da sie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Kredite hatten sie während der Jahre des Immobilienbooms aufgenommen, als sie noch über sichere Einkommen verfügten. Mit der Versteigerung ihres Hauses und dem Zuschlag der Bank zu 60% des Schätzwertes gemäß dem spanischen Hypothekengesetz¹ landen sie auf der Straße ohne Dach über dem Kopf und ohne Arbeit und müssen noch die verbleibende Schuld plus Zinszahlungen und die entstehenden Kosten schultern.

Dieses gesellschaftliche Drama, das täglich Hunderte von Familien durchleben, hatte keinen Platz auf der politischen Agenda und in den Massenmedien, bis die Zivilgesellschaft sich selbst zu organisieren begann, um gegen die Delogierungen vorzugehen, um eine Frage zu politisieren, die als rein wirtschaftliches Problem dargestellt wurde, und um Alternativen aufzuzeigen. Die Verhinderung einer Delogierung ist eine der Formen des friedlichen Widerstandes, die bestens die strategischen Möglichkeiten eines kollektiven organisierten Kampfes aufzeigt: Sie macht sichtbar, was der Diskurs der Macht um jeden Preis verhüllen will. Sie problematisiert und kritisiert, was als „natürlicher“ Marktmechanismus dargestellt wird. Sie stellt die falsche Trennung zwischen Wirtschaft und Politik, wie sie durch den Neo-Liberalismus als unverrückbare Regel dargestellt wird, in Frage und appelliert an die Solidarität aller jenseits von identitären oder ideologischen Unterschieden.

Obwohl der organisierte Kampf der StaatsbürgerInnen es geschafft hat, ein systematisch ignoriertes gesellschaftliches Problem auf den Tisch zu bringen, konzentriert sich die überwältigende Mehrheit der Massenmedien weiterhin fast ausschließlich auf die „menschliche Schicksale“ – ohne deren strukturellen Ursachen und dem kollektiven Kampf, der es in den letzten 4 Jahren möglich machte, dass man beginnt, auf diese individuellen Geschichten zu hören und ihnen Aufmerksamkeit zu schenken. Die kommenden Seiten sprechen von diesem kollektiven Kampf, darüber, wie die Selbstorganisation und die wechselseitige Unterstützung es Tausenden ermöglicht haben, ihre Würde wiederzugewinnen.

Das Land der Häuser ohne Leute und der Leute ohne Haus

Im Artikel 47 der Spanischen Verfassung heißt es: „Alle Spanier haben das Recht auf eine würdige und angemessene Wohnstätte. Die öffentlichen Stellen werden die notwendigen Bedingungen und einschlägigen Normen schaffen, um diesem Recht Wirksamkeit zu verleihen, indem sie die Bodennutzung in Übereinstimmung mit dem Allgemeinwohl regulieren, um die Spekulation zu vermeiden.“ 2004 brachte der Sonderberichterstatter der UNO zum Recht auf eine angemessene Wohnstätte, Miloon Koltari, in einem vernichtenden Bericht (Naciones Unidas 2004) zu Papier, was die große Mehrheit der BürgerInnen schon wusste: Das Recht auf eine Wohnung ist im spanischen Staat systematisch verletzt worden, und die öffentlichen Stellen agierten in enger Verwobenheit mit Finanzinstitutionen und der mächtigen Baulobby genau gegen die Bestimmungen der spanischen Verfassung. Sie beflügelten die Immobilienspekulation und drängten die BürgerInnen in die Verschuldung als einem Weg zur Erlangung von Wohnraum.

Um dieses letzte Argument zu verstehen, ist es wichtig, zwei Umstände zur Kenntnis zu nehmen, die Spanien von der Mehrzahl der Länder der Region unterscheiden: Erstens gibt es in Spanien einen eklatanten Mangel an sozialem Wohnmietraum, der als Gegengewicht oder Alternative für Notfälle dienen könnte. In den letzten beiden Jahrzehnten der Diktatur begann ein Prozess der Eliminierung von Sozialwohnungen. Diese Politik wurde von den beiden großen Regierungsparteien während der Demokratie bis zu dem Extrempunkt fortgeführt, an dem Spanien das europäische Land mit dem geringsten Anteil von sozialen Mietwohnungen geworden ist (Naredo 2009). Heute macht der Sozialwohnungsbestand nicht einmal 1% des gesamten Wohnungsbestandes aus (Colau/Alemanya 2011). In einem Großteil Spaniens fehlen solche Wohnungen praktisch völlig.

Der zweite bedeutsame Umstand ist, dass die verfolgten Politiken das Mieten zu einer teuren, instabilen und nach der kompletten Liberalisierung bereits im Jahr 1985 zu einer wenig gewählten Option machten. Weit davon entfernt das enorme Defizit an Mietwohnraum abzumildern, unterwarfen die verschiedenen Liberalisierungen die Mieten den selben spekulativen Aufwärtsbewegungen wie dem Wohnungskauf.

Während des Jahrzehnts zwischen 1997 und 2007 sind die Wohnungspreise um 200% gestiegen (Colau/Alemanya 2011). Zur selben Zeit hat Spanien die höchste Verhältniszahl von Wohnungen pro EinwohnerIn in Europa: Fast 20% der Wohnungen stehen leer – und sind in nur sehr wenigen Händen – wie eine Untersuchung der Banco de España feststellt.² Da die beständige Preissteigerung nicht durch den Mangel an Wohnraum erklärt werden kann, haben wir es mit einem rein spekulativen Geschäft zu tun, bei dem die Wohnungspreise ausschließlich durch die „Verschuldungskapazität“ der Bevölkerung definiert werden.

Nach der Deregulierung und Privatisierung der Banken, die 1985 initiiert wurde, war die „Verschuldungskapazität“ in den Händen der Banken, die sich durch unzählige schlechte Praktiken auszeichneten. Weit entfernt von einer „Selbstregulierung“ (auf die beständig die politisch Verantwortlichen abhoben) setzte der Bankensektor eine ganze Anzahl von unverantwortlichen Praktiken in Gang, um die spärlichen bestehenden Kontrollmechanismen zu umgehen. Ein illustratives Beispiel ist das Konzept des wechselseitigen Avals, bei dem verschiedene AntragstellerInnen von Hypotheken (die sich oft nicht einmal kannten) sich wechselseitig Garantien ausstellten. Um die Grenze von 80% des Schätzwertes zu umgehen und höhere Zinszahlungen zu lukrieren, griffen die Banken auf Unternehmen zur Eigentumschätzung von den Banken selbst zurück, welche die Wohnungspreise künstlich aufblähten.

Und was machten die politischen Institutionen inzwischen? Wie verschiedene renommierte ÖkonomInnen gezeigt haben, haben die beiden großen Parteien, die sich an der Regierung abwechselten, eine Reihe von Politiken und (De-)Regulierungen in Gang gesetzt, die es, in den Worten von José María Naredo „nicht alleine (erlaubten) die Mietkultur zu Gunsten des Wohneigentums zu verändern, sondern auch Spanien auf diesem Feld in das in Europa führende Land zu verwandeln und aus dem Immobiliengeschäft die wahre nationale Industrie zu machen“ (Naredo 2009). Hierfür sind die steuerlichen Anreize für den Wohnungskauf, der absolute Verzicht auf die Funktionen des Bankenregulierers, die Deregulierung von Kredit und Mieten, die fehlende Novellierung des Hypothekengesetzes – das zum Teil noch aus dem 19. Jahrhundert datiert – nur einige Beispiele. Das Bodengesetz, das von der Partido Popular (der spanischen Rechtspartei, d.Ü) verabschiedet wurde und im Volksmund „Gesetz alles Urbanisierbaren“ genannt wird, stellte einen Startschuss für eine ungeheure Beschleunigung der Immobilienspekulation dar.

Hinzu kommt, dass die politischen Verantwortlichen nicht auf die Warnungen renommierter ÖkonomInnen und der Inspektorenvereinigungen reagierten, die zudem von großen Massenmedien systematisch ignoriert wurden. Der von der Partido Popular nominierte Gouverneur der Banco de España Jaime Caruana und der Wirtschaftsminister Pedro Solbes stellten sich taub gegenüber der an beide adressierten Warnung der Inspektoren der Banco de España vor dem Risiko, das es bedeutete, einen weiteren Anstieg der Verschuldung zuzulassen, welche die spanischen Banken zum eigenen Vorteil betrieben. Weit davon entfernt, ein Unfall zu sein, war die Immobilienblase zu einem Ziel an sich, einem Motor der Schaffung von Staatseinnahmen³ – und des ungeheuren Mehrwertes, der mit den politischen Korruptionsskandalen verbunden war – geworden.

„Zu groß, um Bankrott zu gehen“: Bankenrettung und Sozialisierung der Verluste

Nach der Rettung des Bankensektors zu Lasten der öffentlichen Hand und ohne irgendeine Form der Gegenleistungen und ohne Untersuchung der Verantwortlichkeiten bei den bankrotten Banken gehen die Manager von Banken und Finanzinstitutionen daran, sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen, in dem sie verwundbarsten Gruppen zu Schuldigen erklären. Mit dem Refrain, die Bevölkerung „hat über ihre Verhältnisse gelebt“, machen sie die öffentlichen Schulden, die durch die Bankrettung entstanden sind,⁴ zu einem Alibi für die Demontage des Sozialstaates. Die restriktive Fiskalpolitik, Privatisierungen und Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst und das Platzen der Immobilienblase haben die Arbeitslosigkeit von 2008 (dem Jahr, an dem „Austeritäts“politik begann) bis zum Jahr 2013 um 3.730.500 Personen ansteigen lassen. Laut der Daten des Instituto Nacional de Estadística und von Eurostat sind derzeit bereits 5.904.700 Personen von der Arbeitslosigkeit betroffen. Das sind mehr als 26% der erwerbstätigen Bevölkerung in Spanien. Bei den Jungen von unter 30 Jahren springt dieser Prozentsatz gar auf 55%.

Noch dramatischer sind Zahlen des Instituto Nacional de Estadística, die zeigen, dass 37% der Arbeitslosen ihren Anspruch auf Unterstützung verloren haben und dass es 636.000 registrierte Haushalte ohne jede Unterstützung gibt und bei mehr als eineinhalb Millionen Familien alle Mitglieder arbeitslos sind. Laut Eurostat ist der Anteil der BürgerInnen, die ein Risiko von sozialer Exklusion und Armut – das sind definitionsgemäß jene, die unter gravierenden materiellen Entbehrungen leiden oder in Haushalten mit nur sporadischer Beschäftigung leben – aufweisen, auf 27% der Gesamtbevölkerung gestiegen. In der EU ist Spanien das Land mit der viertgrößten Ungleichheit, gemessen am

Gini-Koeffizienten wird es allein von Bulgarien, Lettland und Portugal übertroffen (El País, 29.12.2013).

Während die öffentlichen Hilfen für die Banken seit Mai 2009 61,366 Mrd. Euro⁵ übersteigen, bietet der Staat weiterhin keine Sozialmieten oder Alternativen für die Tausenden an, die als Folge der Krise arbeitslos und/oder delogiert wurden. Es ist ein Akt der sozialen Gewalt, erleben zu müssen wie die selben Banken, die durch die Steuern aller BürgerInnen gerettet wurden, weiterhin jeden Tag Hunderte SchuldnerInnen in einem Land, das über mehr als 1,2 Mio. leerstehende Wohnungen (El País, 4.1.2014) – in der Mehrzahl in Hand der Banken – verfügt, auf die Straße setzen.

Die Macht an den Pranger stellen: die Entstehung der Plataforma de Afectados por Hipoteca (PAH)

Ähnlich wie andere Bürgerbewegungen in Spanien – an deren Entstehung und Entwicklung PAH teils aktiv mitwirkt – stellt PAH eine gesellschaftliche und kollektive Antwort auf das Krisenmanagement seitens der Machtsphären dar. PAH ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern hatte Vorläuferinnen in den vor der Krise entstandenen sozialen Bewegungen – konkret in der sozialen Bewegung „V de Vivienda“, die im Mai 2006 nach einem anonymen Rundschreiben im Internet formiert wurde. Dieses rief die Jungen im ganzen Staat dazu auf, sich auf den Plätzen der größten Städte des Landes zu versammeln, um das Recht auf würdigen Wohnraum einzufordern. Dieser Protest markierte die Entstehung einer Bewegung neuen Typs – die viele Parallelen zu heutigen Bewegungen wie ¡Democracia Real Ya! und dem Movimiento 15 de Mayo aufweist – und die eine große Fähigkeit zeigte, auf die öffentlichen Meinung über frische und direkte Kampagnen Einfluss zu nehmen. Beispiele hierfür sind die Demonstration unter dem Motto „Du wirst keine Wohnung in deinem Scheißleben haben“ oder die Verwendung gelber Ballons, die in Anspielung auf die Immobilienblase zum Platzen gebracht wurden.

Der Bewegung gelang es, die Kämpfe um den Zugang zu Wohnraum, die bereits im ganzen Staat in Gang waren, zu kanalisieren und ein von den Massenmedien systematisch ignoriertes Thema auf die Tagesordnung zu setzen: das Wohnungsproblem und die Grenzen des Privateigentums. Gleichzeitig erzielte sie gewisse Siege auf regionaler Ebene: Das Baskenland, Andalusien und Katalonien verabschiedeten Gesetze über das Recht auf Wohnraum – Gesetze, die erstmals den antisozialen Charakter leerstehender Wohnungen aufnahmen.

Später hat der Ausbruch der Finanzkrise, die in Spanien mit dem Platzen der Immobilienblase verbunden war, eine radikale Veränderung der Szenerie hervorgerufen. Zum Problem des Zugangs zu Wohnraum kommt jetzt noch das Problem von Hunderttausenden hinzu, die Gefahr laufen, ihre Wohnung zu verlieren, auf der Straße zu landen und auf einem Schuldenberg sitzen zu bleiben. Aufgrund dieser Erwägungen organisierte „V de Vivienda“ im Oktober 2008 ein Seminar unter dem Thema „Wir lassen nicht zu, dass die Banken uns aus der Wohnung werfen“. Hieraus ist die „Plataforma de Afectados por la Hipoteca“ (PAH) entstanden.⁶ Die Hypotheken sind der „rote Faden“, der den Kreditmarkt mit dem Wohnraum verbindet: „An diesem Faden zu ziehen, bedeutete die strukturellen Ursachen bloßzulegen, die uns an diesen Punkt gebracht haben.“ (Colau/Alemaný 2011). Tatsächlich werden Delogierungen zu dem roten Faden, der es ermöglicht die Finanzmacht – die viel bemühten *Märkte*, die vielfach als verantwortlich für die „Korruption und Instrumentalisierung des Staates durch die Wirtschaftsinteressen“ gesehen werden, wie es

der bekannte Politökonom der John Hopkins University, Vicenç Navarro (2013), auf den Punkt bringt – mit einem konkreten, greifbaren und drängenden Problem zu verbinden. Dies ist einer der Schlüssel für die enorme gesellschaftliche Bedeutung der Plattform.

Die Integration der Bewegung „V de Vivienda“ mit ihrem sozialen Profil, das vor allem durch junge Prekäre geprägt ist, und dem neuen sozialen Profil von Familien, die von einer Wohnungsexekution betroffen sind, hat sich als komplex herausgestellt. Die Eingliederung dieses zweiten Sektors in die Initiativ- und AktivistInnenlogik ist eine der Grundlagen von PAH geworden (Bonell, Mérida & Tamajón 2011).

Von der Depression zur Ermächtigung

Um diese Eingliederung zu ermöglichen und die Betroffenen zu ermächtigen, ist es eines der zentralen Ziele – und auch eine Organisationsmethode – der PAH, einen Raum des Zuhörens, der Gemeinschaft und des Vertrauens über horizontale und offene Versammlungen zu schaffen, in dem die Personen (seien sie direkt betroffen, seien sie mit dem Anliegen solidarische AktivistInnen) ihre Erfahrungen teilen und eine kollektive Einschätzung vornehmen. Diese Versammlungen sind der Kern der PAH. Sie werden in autonomer, lokaler, horizontaler und offener Form organisiert.

In Übereinstimmung mit den Werten des Individualismus und des individuellen Erfolgs, die durch den Neoliberalismus verbreitet werden – und trotz des exponentiellen Anstiegs der Arbeitslosigkeit – schreibt die Mehrheit der Betroffenen das Problem einem persönlichen Versagen zu und schämt sich über die Problematik zu sprechen. Das Gemeinsame der Erfahrungen herauszuarbeiten und die Unterstützung der NachbarInnen zu erlangen, zeigt die kollektive Dimension des Problems und die dahinterliegenden strukturellen Elemente, die unsere Entscheidungen konditionieren, auf. Es ist die Erfahrung der PAH, dass der Abbau des Schuldgefühls (die Überwindung von Angst, Scham und ein Gefühl des Scheiterns) ein notwendiger und vorheriger Schritt für die Ermächtigung ist (Colau/Alemaný 2011). Wie es einer der Betroffenen und späterer Initiator der PAH in der Region Murcia auf den Punkt bringt: „Wir sind weder für diese Krise noch für den Verlust unseres Arbeitsplatzes verantwortlich“ (Coy 2011).

Einer der größten Erfolge von PAH ist es, einem Prozess, der – trotz der Betroffenheit von Tausenden – individuell und in stigmatisierter Form durchlebt worden ist, Sichtbarkeit und eine kollektive Gestalt gegeben zu haben. Die Selbstorganisation der BürgerInnen in PAHs bricht mit der neoliberalen Logik einer Gesellschaft von atomisierten, resignierten und gegeneinander in Konkurrenz gesetzten Individuen, um zur Solidarität und der wechselseitigen Unterstützung zurückzukehren. Die Versammlungen verfolgen die Fälle kollektiv und kommen en bloc, um auf die Bank Druck auszuüben und mit ihr zu verhandeln. Die PAH entfernt sich daher von einem rein assistenzialistischen Herangehen, da die Betroffenen zu einem aktiven Akteur werden und ihr Wissen weitergeben, das anderen Betroffenen Rat und Hilfe gibt. Die Linie, die Betroffene, AktivistInnen und sich Solidarisierende trennt, ist sehr diffus und oft gar nicht existent.

Das Stoppen der Delogierungen: heute für dich, morgen für mich

Die PAH wurde mit drei Zielen geboren: das Stoppen der Delogierungen, die Abtretung an Zahlungsstatt und die Umwandlung der leerstehenden Wohnungen in Händen der Banken (zuvor mit Hypotheken belastet) in Sozialwohnungen.

In einem Land mit 1,2 Mio. leerstehenden Wohnungen in den Händen der Banken und ohne Sozialwohnungen gibt es einen Wohnungsnotstand, wenn Hunderttausende von Familien jedes Jahr delogiert werden, ohne dass öffentliche Stellen ihnen Wohnraumalternativen anbieten. Solange es keine alternativen Wohnraumangebote gibt, stört die Plattform mittels der Kampagne „Stopp den Delogierungen“ und Protestansammlungen von BürgerInnen juristische Verfahren zum Erlass eines „Delogierungsbescheids“ (ein juristischer Begriff mit dem die Delogierung einer Familien aus ihrer Wohnung bezeichnet wird; eine Familie, die auf der Straße landet, ohne dass sich die Behörden darum kümmern, ob sie eine andere Bleibe hat oder nicht).

Angesichts des übertriebenen Schutzes des Privateigentums der Banken zu Lasten eines grundlegenden Menschenrechts, wie jenem auf Wohnen, argumentiert die PAH wie folgt: „Das Stoppen einer Delogierung durch Ungehorsam gegenüber einer rechtlichen Anordnung ist ein Akt des zivilen Ungehorsams. Auf aktive Weise ungehorsam gegenüber Gesetzen zu sein, die als ungerecht empfunden werden, ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht der Bevölkerung. Ein Ungehorsam, der nicht unbegründet ist, denn er findet Schutz in einer höheren Ebene der Legalität: den Menschenrechten.“

Tatsächlich verletzen die massiven Hypothekarexekutionen und Delogierungen, die aus ökonomischen Gründen im spanischen Staat vorgenommen werden, folgende Rechtsakte: Art. 24 (über einen wirksamen juristischen Schutz) und Art. 47 (über das Recht auf Wohnen) der spanischen Verfassung; Art. 25 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung, Art. 21 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der vom spanischen Staat ratifiziert wurde, und noch konkreter die allgemeinen Maßregeln des DESC Komitees der Vereinten Nationen Nr. 3 (Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten), Nr. 4 (Recht auf Wohnen) und Nr. 7 (Verhinderung von Zwangsdelogierungen).

Hinzu kommt noch, dass die öffentliche Verwaltung ihrer Aufgabe nicht nachkommt, sich um die verwundbarsten Personen der Gesellschaft, die ohne Dach über dem Kopf und ohne Arbeit bleiben und ihr Leben lang verschuldet sind. Angesichts dieser Tatsachen ist es leicht verständlich, dass diese Praxis, die seit ihrem Beginn im November 2010 etwa 200 Delogierungen im Jahr blockiert hat, sich eines breiten Konsenses und breitester Unterstützung erfreut.

PAH, 15M und „Stopp Delogierungen“: der perfekte Sturm

Die PAH gehörte von Anfang an zu den Aufrufern und aktiven Beteiligten an den Großdemonstrationen, zu denen im Mai 2011 von der Plattform *¡Democracia Real Ya!* aufgerufen wurde und die in den größten Städten durch die Straßen marschierten, um gegen das Krisenmanagement, die politische Korruption und die Interessenallianz zwischen der politischen Macht und dem Finanzkapital zu demonstrieren. Die Demonstration, die unter dem Motto „Wir sind keine Ware in den Händen der Politiker und Bankiers“ stand, kulminierte in Platzbesetzungen in dutzenden spanischen Städten, wodurch ein Diskussions- und Begegnungsraum geschaffen wurde, aus dem das *Movimiento 15M* hervorging. Später, als die Versammlungen des 15M beschlossen hatten, die Plätze zu verlassen und sich in den Vierteln zu organisieren, haben die Wohnungskommissionen maßgeblich zur Schaffung und zur Konsolidierung von neuen PAHs beigetragen. So hat das 15M zu den Aktionen der PAH – und speziell zur Kampagne „Stopp Delogierungen“ – eine große Zahl an AktivistInnen beigetragen.

Der Kampf um die Abtretung an Zahlungsstatt

Zwar wusste die große Mehrheit der Personen, die während des Immobilienbooms eine Hypothek aufnahm, dies nicht, aber es reicht in Spanien nicht, die Wohnung abzutreten, um die Hypothekenschuld zu löschen. Seit Beginn der Krise im Jahr 2007 haben 400.000 Exekutionen Hunderttausende auf die Straße gesetzt, obdachlos gemacht und ihnen eine Schuld für ihr Leben aufgebürdet.

Einer der wichtigsten Beiträge der PAH war es, auf eine im Vergleich zu den uns umgebenden Ländern bestehende rechtliche Anomalie aufmerksam zu machen, die verheerende soziale Folgen hat: In Spanien bezieht sich der Hypothekarvertrag nicht auf die belastete Sache (die Wohnung), sondern die Person (den Schuldner), welche die Hypothek aufnimmt und diese Person sowie ihre Bürgen zwingt mit all ihren gegenwärtigen und künftigen Gütern lebenslang für die Schuld einzustehen.

Noch schlimmer ist, wenn sie schlagend wird, eine zweite Anomalie: Wenn der Schuldner seine Hypothek nicht begleichen kann, wird die Wohnung versteigert. Wenn die Versteigerung nicht erfolgreich ist (was in den meisten Fällen aufgrund des darniederliegenden Immobilienmarktes und der fehlenden Kenntnisnahme der Öffentlichkeit über das Datum und die Details der Versteigerung eintritt), kann sich die Bank die Immobilie zu 60% (bis vor einigen Monaten 50%) des Wertes aneignen. Dies zwingt die verschuldete Person – die oft arbeitslos ist – die restliche Schuld plus die anfallenden Zinsen zu schultern. Es handelt sich mithin um eine moderne Form der Schuldklaverei.

Angesichts dieser Tatsachen fordert die PAH eine ähnliche Regelung wie sie für Unternehmen angewandt wird, welche den Bankrott erklären, um ihre Schulden gegenüber ihren GläubigerInnen zu begleichen. Konkret heißt das, in Bezug auf die Banken soll zur Begleichung der Hypothekenschuld die Übergabe der Wohnung ausreichen, wenn die Wohnung die Wohnsitzwohnung ist und die SchuldnerInnen in gutem Glauben handeln (Personen, die guten Glaubens aufgrund von Arbeitslosigkeit ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können). Diese Forderung, die von der PAH und dem Observatorio DESC formuliert wurde und deren Machbarkeit im Hinblick auf die vom Staat geretteten Banken durch minutiöse Berechnung gestützt wird, ist auch zu einer wirklich authentischen Forderung der Bevölkerung geworden. Laut allen Umfragen wird sie von 80% der Bevölkerung, aber auch von sozialen Bewegungen, gewerkschaftlichen Organisationen, Hunderten von Kommunen, Parlamenten der autonomen Regionen, Richtervereinigungen, Anwaltskomitees usw. unterstützt.

Trotz allem ist die Volksgesetzgebungsinitiative, die im nationalen Parlament eingebracht worden ist, dort blockiert worden. Dies vertieft die enorme Distanz zwischen der Bevölkerung und den Institutionen und die Repräsentationskrise, unter denen die spanische Demokratie leidet.

Die Wiederaneignung der leeren Wohnungen durch die BürgerInnen

Es ist unerträglich, dass in einem Land mit 1,2 Mio. leerstehenden Wohnungen – die zum Großteil Eigentum von durch den Staat geretteten Banken sind – und ohne sozialen Wohnungsbau hunderttausende Familien delogiert werden und auf der Straße landen. Daher fordert die PAH – laut Umfragen erneut mit Unterstützung von 80% der Bevölkerung – folgendes:

- die öffentlichen Bankenhilfen an die Bedingung zu knüpfen, dass sie die Wohnungen, die im Prozess der Enteignung sind, an die Familien zu einer Miete, die nicht 30% des Familieneinkommens übersteigt, zu vermieten;
- die Nutznießung der leerstehenden Wohnungen, die Eigentum von durch öffentliche Beihilfen geretteter Banken sind, zu enteignen, um sie einer Sozialvermietung zuzuführen;
- die zwangsversteigerten Wohnungen zum selben Preis (60% des Wertes) zu enteignen, zu dem sie sich die Banken angeeignet haben, um einen öffentlichen Bestand von Sozialwohnungen zu schaffen.

Solange dies nicht passiert, hat die Initiative der BürgerInnen mit der Erarbeitung neuer Strategien reagiert, die beispielsweise durch die Erfahrungen in den USA inspiriert sind, wo man Familien hilft, ihre Wohnungen oder leerstehende Häuser wiederzugewinnen, die in Händen der Banken sind. Ein paradigmatischer Fall ist die Besetzung von Wohnblöcken mit leeren Stockwerken in Terrassa (Katalonien), die Eigentum von Banken sind und in die 16 obdachlose Familien eingezogen sind. Um die Ernsthaftigkeit der Forderung nach Sozialwohnungen zu unterstreichen, haben die Familien ein Bankkonto für eine eigens geschaffene Vereinigung eingerichtet, um monatlich eine Zahlung zugunsten der betroffenen Banken (die Eigentümer der Wohnblöcke sind) im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu leisten. Diese und auch andere besetzte Gebäude sind mit Plakaten drapiert, die „Sozialmieten jetzt!“ fordern.

Kleine große Siege

Von Beginn an war sich die PAH der Wichtigkeit bewusst, kleine Siege sowohl auf symbolischem Terrain als auch bei konkreten, drängenden Problemen zu erringen.

Wie die PAH anerkennt, hat der Kampf gegen die Delogierungen „einen doppelten, unbestreitbaren Sieg errungen. Einerseits gelang es auf dem symbolischen Gebiet die kollektive Vorstellungswelt zu verändern, den Schleier der Angst und Resignation zu zerreißen, der große Teile der Bevölkerung in Schrecken hielt (...) Andererseits bedeutete auf der allerkonkretesten Ebene, bei den Grundbedürfnissen des täglichen Lebens, die Blockierung von Delogierungen eine Antwort auf ein drängendes Problem: nicht auf der Straße zu landen.“ Die erreichten Aufschübe und Umsiedlungen haben es ermöglicht, der Mehrheit jener Personen, die auf die wechselseitige Unterstützung bauten, eine Wohnung anzubieten. Über das Sichtbarmachen einer systematisch verschwiegenen sozialen Realität und der unzähligen Versuche der Regierung, die Proteste zu kriminalisieren⁷, hinaus, hat die PAH die strukturellen Gründe, welche diese Realität hervorgerufen haben, aufgezeigt. Darüber hinaus hat sie ernsthafte, machbare, minutiös erforschte, mögliche und notwendige Alternativen erarbeitet, die es ermöglichten das derzeitige gesellschaftliche Drama zu beheben. Dabei hat sie die Unterstützung von RichterInnen, AnwältInnen und sogar von Vereinigungen von Feuerwehrleuten und Gruppierungen von Polizisten erhalten, die sich weigerten, weiterhin Delogierungen durchzuführen.

Der enorme gesellschaftliche Druck hat bestimmte Regierungen der autonomen Regionen zu handeln veranlasst. Das gilt beispielsweise für Andalusien, wo ein Gesetz zur Enteignung der Nutznießung leerstehender Wohnungen, die im Besitz von Banken stehen, verabschiedet wurde.

Der größte Sieg liegt aber bei der spanischen Gesellschaft, die sich zur Selbstorganisation

in Dutzenden von Plattformen und Bewegungen entschlossen hat. Dies zeigt ihren Willen, vom Skeptizismus und der Resignation zur täglichen Schaffung einer anderen Form der Politik zu schreiten.

Literatur

- Colau, A./Alemany, A. (2011) *Vidas hipotecas: De la burbuja inmobiliaria al Derecho a la Vivienda*. Barcelona: Cuadrilátero de Libros.
- Colau, A./Alemany, A. (2013) *Retrospectivo sobre desahucios y ejecuciones hipotecarias en España, estadísticas oficiales e indicadores*. O.O. (Barcelona): Publicación de la PAH.
- Bonell, N./Mérida, J./Tamajón, I. (2011) *Nuevas experiencias de asociacionismo ciudadano: la PAH de Sabadell*, Arbeit die in der Facultad de Ciencias Políticas y Sociología, der Universidad Autónoma de Barcelona präsentiert wurde.
- Coy, J. (2011) *¡Sí se puede!* In: Alemany, A./Colau, A.: *Vidas hipotecadas: De la burbuja inmobiliaria al Derecho de la Vivienda*. Barcelona: Cuadrilátero de Libros.
- Naciones Unidas (2004) *Los Derechos Económicos, Sociales y Culturales, Informe del Relator Especial sobre una vivienda adecuada como parte del derecho a un nivel de vida adecuado*. Sr. Miloon Kothari, Comisión de Derechos Humanos. E/CN.4/2004/48, 8 de marzo de 2004.
- Naredo, J. M. (2009) *La cara oculta de la crisis. El fin del boom inmobiliario y sus consecuencias*. In: *Revista de Economía Crítica*, Nr. 7.
- Navarro, Vicenç (2013) *La revolución democrática a nivel mundial*. In: *Público*, 30. Dezember. Übersetzung aus dem Spanischen: Joachim Becker

Anmerkungen

- 1 Bis 2012 konnten die Banken sich die Wohnung zu 50% des Schätzwertes zuschlagen, wobei die SchuldnerInnen trotz der Übergabe der hypothekebelasteten Wohnung die 50% der verbleibenden Schuld plus Verzugszinsen und Prozesskosten schultern mussten. Die Erhöhung auf 60% des Schätzwertes erfolgte durch eine Novelle des Gesetzes im Jahr 2012 als (unbedeutende) Konzession angesichts des starken sozialen Drucks.
- 2 Laut dieser Studie haben weniger als 20% der Bevölkerung eine weitere Wohnung über die Wohnung, in der sie leben, hinaus. Wenn man in Betracht zieht, dass die Definition eines Immobilienaktivums jede Form von Immobilien, einschließlich Parkraum, einschließt, ist die Konzentration von Immobilieneigentum sehr hoch und die Mehrheit der leerstehenden Wohnungen, die nicht auf den Markt gebracht werden, ist in wenigen Händen, wie seitens der Plataforma de Afectados por Hipoteca (PAH) hervorgehoben wird.
- 3 Beispielsweise machten laut der öffentlich zugänglichen Budgets die fiskalischen Einnahmen aus dem Immobiliensektor 2004 60% des Haushalts von Valencia und 50% des Madrider Budgets aus, ohne die kontrahierten Schulden und die laufenden Transfers zu berücksichtigen.
- 4 Vor der Bankenrettung war die öffentliche Schuld Spaniens eine der niedrigsten in der EU.
- 5 Die Zahl der Banco de España vom September 2013 ist eine zu geringe Schätzung, da sie nicht die öffentlichen Garantien für Emissionen der Banken, die Schutzmaßnahmen für Aktivportfolios und andere öffentliche Garantien einschließt.
- 6 Für eine detaillierte Analyse der Entstehung von PAH siehe das Buch „*Vidas hipotecadas: De la burbuja inmobiliaria al Derecho a la Vivienda*“, das in der Bibliographie aufgeführt wird.
- 7 Sh. den großartigen Artikel von Imayna Cáceres und Lukas Oberndorfer: *Verlangt das Gesetz der bürgerlichen Sicherheit die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten? Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus*. In: *Juridikum*, 1/2013, 453-463